

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig,
Hof- & Comp. Nr. 2081A.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag:
Gebr. Krügel, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 6.00 Mk., durch die Post
vierteljährlich 18.00 Mk., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
8.50 Mk., Einzelnnummer 80 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 Spaltenweitere Spaltenbreite 2.00 Mk., Familienanzeigen
1.50 Mk., die 3 Spaltenweitere Spaltenbreite 6.50 Mk. Bei mehrmaliger Aufgabe Er-
mäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zu
Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefverbreitung 90 Pf.

Nr. 214

Dresden, Mittwoch den 15. September 1920

31. Jahrg.

Wirtschaftsprobleme und Sozialdemokratie

Ernst und Schmidt über die Programmrevision

Wie unsern Lesern bereits bekannt ist, hat der Parteitag ein Buch herausgegeben, das eine Reihe von Aufsätzen über die Frage der Programmrevision enthält. Einleitend wird das Buch durch einen Artikel des Genossen Ernst Braun, der die Frage aufwirft, ob überhaupt jetzt der Zeitpunkt für die Schaffung eines neuen Parteiprogramms ist. Er weist darauf hin, wie sehr die wirtschaftliche Lage Deutschlands im Dunkeln liegt. Deutschlands Schicksal steht von der weltwirtschaftlichen Entwicklung ab, über deren Gang wir gerade jetzt schwer etwas vorhersagen können. Es werde die Aufgabe des Parteitag sein, entschieden, ob wir jetzt an den Aufbau eines neuen Parteiprogramms gehen können oder ob wir diese Aufgabe auftragen müssen.

Man wird Braun insofern recht geben müssen, als wir jetzt kaum ein Programm werden schaffen können, mit dem wir wieder 20 Jahre auskommen. Unsere Partei hat eine ganz andere Macht wie ehemals. Vor dem Krieg hatte die Sozialdemokratie ihre Hauptaufgabe in der Kritik und Agitation gesehen, weil ihr Einfluss zu gering war. Jetzt aber, die wir heute haben, müssen wir auch an unsere zum Wohle des deutschen Volkes. Deshalb brauchen wir Richtlinien für unser Handeln in der nächsten Zukunft, und das alte Programm nicht mehr gibt. Zweifellos hat der Parteitag ein klares Aktionsprogramm, das die ganze Volkspartei in der Zeit nach der Revolution geklärt. Wenn wir als Partei lebensfähig und stark bleiben, so ist es die Aufgabe der Partei, sich heute und morgen. Wir brauchen uns nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, wie lange ein Programm, das wir heute aufstellen, bis es wieder eine sozialdemokratische Programm ist. Gerade weil heute ein sozialdemokratisches Programm eine viel größere praktische Bedeutung hätte als früher, wenn wir damit rechnen, daß es schnell überholt wird. Wir müssen heute in einem Jahr, das wir auf so schlechtem Boden sind. Vielleicht sind dann schon unsere Forderungen erfüllt, vielleicht auch erfüllt, so daß wir unsere Ziele zu verwirklichen müssen. Aber verhängnisvoll wäre es für die Partei, wenn wir überhaupt darauf verzichteten, für die nächste Zukunft klare Ziele zu setzen.

Das Wichtigste an jedem Programm, das sich heute die Sozialdemokratie schafft, wäre natürlich unsere Stellung zu den brennenden wirtschaftlichen Fragen des Tages. Wie soll der Wirtschaftsleben gestaltet werden? Nützt der Kapitalismus der Wirtschaft? Nützt der Sozialismus? Oder was sonst? Mit diesen Fragen beschäftigen sich in dem Programm die beiden sozialdemokratischen Wirtschaftsminister in der Revolutionszeit, die Genossen Robert Schmidt und Wissell. Schmidt geht davon aus, daß in dem bisherigen Programm der Übergang aus der Privatwirtschaft in die genossenschaftliche Produktionsweise nicht erfolgt sei, eine Lücke, die natürlich vor 20 Jahren nicht ausgefüllt werden konnte. Wästen wir doch unter welchen Umständen die Sozialdemokratie so viel erreichen könnte, daß sie die Überleitung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsweise würde anbahnen können.

Schmidt führt aus, daß die Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise nur durchgeführt werden könne durch die Übernahme der Produktionsmittel in den Besitz der Arbeiter. Alle Produkte der sogenannten sozialistischen Wirtschaft, Gemeinwirtschaft, Trusts usw. könnten kapitalistische System grundsätzlich nicht aufheben, wenn auch für die Uebergangswirtschaft manches Annehmliche bieten. Die sogenannte Gemeinwirtschaft, von der bezeugt werde, daß Vorteile darin beständen, die Privatwirtschaft zu sichern, indem sie dem Staat nur einen Anteil abgeben lasse, entspreche nicht in allen den sozialistischen Ansprüchen. Mit gutem Recht hätte die Sozialdemokratie vor der Revolution den Staats- und Kommunalbetrieb nachdrücklich gefordert. Zu einer Veränderung dieser Auffassung liege Anlaß vor. Was reformiert werden müsse, sei nur die Produktion.

Für die Planwirtschaft hat Schmidt nicht viel zu sagen. Sie sei ein sehr kompliziertes Gebilde organisatorischer Spitzfinderei, ganz für die Uebergangszeit geeignet. Die Durchorganisation der Industrie sei für die Arbeiter nicht verwirklicht. Ihre Vorwürfe wollten von der Zentrale anordnen, was und wie produziert werden sollte, welche Rohmaterialien eingeführt werden sollen, wie sie verteilt sind, welche Preise und Löhne festgelegt werden. Die Industrie exportiere, könnten wir über die Produktion nicht bestimmen, weil der Bedarf im Ausland besteht. Die Planwirtschaft, sagt Schmidt, ist ein von weitesten vom sozialistischen Programm abzuweichen. Sie sei eine mit parlamentarischen Vorzügen, die Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft, die Produktion nur an der Oberfläche berührende, schwerere, autoritäre Organisation.

Schmidt sieht offenbar die Planwirtschaft viel zu wenig. Gerade bei der Planwirtschaft scheint es uns möglich, ungeheuren Mannigfaltigkeit der wirtschaftlichen Bedürfnisse gerecht zu werden. Nur darf man sie nicht sch-

Republikanischer Sieg in Amerika

Eigene Drahtmeldung

New York, 15. September 1920. Die ersten Wahlen, die in dem neuen Wahljahr stattfanden, haben einen unerwarteten glänzenden Sieg der Republikaner und eine schwere Niederlage der Demokraten gebracht. Im Staat Maine haben Gouverneur- und Senatswahlen stattgefunden. Bei der Gouvernementswahl betrug die Mehrzahl der Republikaner 70 000 Stimmen. Der Gesamtstaat des Staates Maine besteht nunmehr ausschließlich aus Republikanern, ebenso wie alle Regierungsstellen mit Republikanern besetzt werden.

Man sieht die Niederlage der Demokraten der Unbeliebtheit Wilsons zu. Sogar die größten Erwartungen der Republikaner sind um mehr als das Doppelte übertrafen worden. Die demokratischen Stimmen blieben unter der Gesamtzahl der 1916 abgegebenen Stimmen zurück und es ergab sich, daß die überwiegende Mehrheit der neuen Frauenwähler republikanisch und zum Teil sogar gegen das Frauenstimmrecht gewählt hat. Ähnlich war es vor einigen Wochen im Staat New Jersey der Fall. Die World ist das einzige demokratische Blatt, das sich zu den Wahlen von Maine geäußert hat. Sie gibt offen und ohne Verschleiierung die vernichtende Niederlage zu und tadelt die demokratischen Führer wegen ihrer falschen Politik. Die Wahlkampagne in Maine wurde ausschließlich über die Frage des Völkervertrages ausgekämpft.

Man glaubt zu wissen . . .

Eigene Drahtmeldung

Paris, 15. September. Der Pariserischer der Excelsior meldet aus Algiers-Bains: Wir glauben zu wissen, daß unmittelbare Unterhandlungen zwischen dem Comte d'Orsay und dem Vorkaufster Englands in Frankreich aufgenommen werden, um so bald als möglich mit dem Kabinett Lloyd George eine Zusammenkunft der beiden Minister zu organisieren. Wenn man einer halbamtlichen Indiskretion glauben darf, so ist die Stadt, wo sich in etwa 14 Tagen die beiden Staatsmänner treffen werden, in London schon borgeschnitten worden, und zwar soll es Biarritz sein. Es ist möglich, daß Lloyd George die Wahl annehmen wird.

Frontbericht aus dem Osten

Polnischer Bericht

Warschau, 15. September. Am Generalstabbericht vom 14. 9. heißt es: Die polnische Abteilungen, denen es gelungen war, im Bereiche von Lublin durchzubrechen, wurden an die Westfront zurückgeführt. Im Rahmen von Sobótka kämpften sich unsere Truppen den Übergang über den Bug. Es drangen noch schwachen Kräfte bis Lomawa vor und besetzten es. Heute gegen die berittene Armee Lublins kämpfenden Divisionen besetzten die polnischen Truppen am 13. September wurde Sobótka von unseren Truppen besetzt, wobei 3000 Gefangene, 36 Geschütze, zwei Panzer-

züge, drei Flugzeuge, vier Lokomotiven, 300 Waggons und sehr viel Kriegsmaterial erbeutet wurde. Ähnlich von Lublin trafen wir auf hartnäckigen Widerstand des Feindes, der unter unserm Kreuzfeuer schwere Verluste erlitt. Wir machten 200 Gefangene. — Gegen 9 Uhr griffen die Litauer trotz dem betrieblen Waffenstillstand unsere Abteilungen in Sejnä unvorbereitet an und brachen weiter in südwestlicher Richtung vor.

Polnisch-Litauischer Waffenstillstand

Kopenhagen, 14. September. Nach einer Litauer Meldung ist der Waffenstillstand zwischen Polen und Litauen in Kraft getreten.

Kettensprenger Stresemann

Herr Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, beschäftigt sich in der Zeitschrift Deutsche Stimmen mit der Frage des Wiedereintritts der Sozialdemokratie in die Regierung, den er von ganzem Herzen wünscht, denn „Von roten Ketten macht euch frei — allein die Deutsche Volkspartei.“ Stresemann schreibt u. a.:

„Wenn sie (die Sozialdemokratie) in die jetzige Koalition eintritt, so würde damit ein vernünftiger Ausgleich zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie gegeben sein. Sie würde einen vollberechtigten Anspruch haben können auf den Einfluß, der ihr zahlenmäßig nach ihrer Fraktionsstärke zukommt, nicht mehr und nicht weniger. Immerhin bliebe das bürgerliche Element in dieser Koalition führend durch das Schwergewicht seines gegenwärtigen Einflusses. In der praktischen Politik hätte man eine Regierungsform anstreben, die schließlich auch bei der bisherigen Regierungsweise durch Fühlungsnahme mit der Sozialdemokratie tatsächlich durchgeführt worden ist. Können denn auf Grund von Neuwahlen in Preußen eine gleiche Koalition zustande, so wäre auf dieser Grundlage für eine Steigerung der Verhältnisse im Reich und in dem folgenden deutschen Staat Sorge getragen.“

Wir brauchen nicht zu betonen, so bemerkt hierzu der Vorkämpfer, daß uns Herrn Stresemanns Liebeswerben kalt läßt, zumal er mit einer recht ansehnlichen Gegenforderung kommt: der Auslieferung Preußens an eine überwiegend bürgerliche Koalition nach Muster des von ihm erstrebten Reichsregierungen.

Wenn im übrigen sachlich noch besondere Gründe notwendig wären, um die Sozialdemokratie von jedem Eintritt in das jetzige Kabinett fernzuhalten, so genügen die katastrophalen Wirkungen, welche die Aufhebung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiet des Ernährungswesens zu zeitigen beginnt. Gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie hat die jetzige bürgerliche Reichsregierung die letzten Tanne gegen eine völlige Ueberflutung unseres Ernährungswesens durch Zucker- und Schieberrum verschleudert. Jetzt, wo sich die Folgen zu zeigen beginnen, die sich im Winter vielleicht zu einer Katastrophe ausbreiten werden, läßt man uns freundlich ein, die Verantwortung für das mit zu übernehmen, was gegen unsern Widerspruch geschehen ist.

Der italienische Kampf um die Sozialisierung

Ueber die entscheidende Mailänder Tagung der Gewerkschaften und der Parteimitglieder, die zur gegenwärtigen Arbeiterbewegung Stellung nahm, wird dem Verl. Tagbl. noch aus Rom berichtet:

Wider Erwarten wurden nur wenige Reden gehalten. Die nächst riefte der Extremist Benetti einen Appell an die Gewerkschaft und verlangte in überdrücklichen Worten die sofortige Umwandlung der heutigen Gewerkschaft und die Einführung des Kommunismus. Die Reden seien hierzu völlig reif. Ihm trat der Revoluerte Baccanica entgegen, welcher Benettis Ausführungen als gefährlich erklärte, eine etwaige Niederlage bedeute die Vernichtung der ganzen jahrzehntelangen Arbeit des Sozialismus. Darauf wurde mit einer Mehrheit von 180/100 Stimmen die gemäßigtere Tagesordnung angenommen, welche besagt, es sei nicht möglich, das bisherige Verhältnis der Arbeiter zu den Arbeitern aufrechtzuerhalten. Vielmehr gelte es im Laufe mit den technischen und intellektuellen Elementen die allmähliche Sozialisierung der Schwerindustrie und die Ueberführung der Arbeiter in direkte Arbeiterkonföderationen mit Hilfe der sozialistischen Partei herbeizuführen. Die sozialistischen Deputierten verlangten sofortige Einberufung des Parlaments, um sofortige Sozialisierungsmaßnahmen zu beschließen. Die Arbeiter erlernen im allgemeinen die Notwendigkeit der Mailänder Versammlungen an, welche dem Lande eine fürchterliche wirtschaftliche Krise, vielleicht die Revolution und schwere Hungersnot, erbrachten.

Nach der Entscheidung des Nationalkongresses berichtet in der Gewerkschaftsblätter beträchtliche Unzufriedenheit in der Arbeit. Der Generalsekretär Baccanica berichtet, mit aller Eile hat er an den Konflikt in der Metallindustrie mit aufstrebenden Organisationen für das Proletariat in Wien.

* Das Programm der Sozialdemokratie, Vorschläge für seine Ausgestaltung, gedruckt von Vorwärts.